

Ökonomische Strategien zur Bewältigung von Krisen: Austerität oder staatliche Investitionen?

Autorinnen: Lía Barrese and Matilde Martínez ITD -Innovación, Transferencia y Desarrollo

Inhaltsverzeichnis

1. Überblick	2
2. Hintergrundinformationen	6
Einführung	6
Die Theorie: Zwei gegensätzliche Modelle	7
Das neoklassische Modell	7
Das keynesianische Modell	8
Krisen-Instrumente: Fiskal- und Geldpolitik	8
Welche Vorschläge und welche politischen Instrumente enthalten die beiden Modelle bei wirtschaftlichen Ungleichgewichten?	9
Folgen der einzelnen wirtschaftspolitischen Entscheidungen	11
Krise: Globale Ungleichgewichte und die gegensätzlichen Antworten	12
Die Große Depression und das keynesianische Modell	12
Die Ölkrise und das Ende des Wohlfahrtsstaates	13
Das neoliberale Modell und die Finanzkrise 2008	13
Die konservative Antwort: Austerität	14
Die antizyklische Reaktion: Wie staatliche Investitionen aussehen könnten	15
Die Rolle der politischen Ökonomie: Weitere Vorschläge	16
Glossar	18
Quellen	20
3. Trainingsmaterial	22
Aktivität 1.1: Das Modell-Quiz	22
Aktivität 1.2: Quiz Nachbereitung	25
Aktivität 2: Medienanalyse	26
Aktivität 3: Rollenspiel	28
Aktivität 4: Wähle deine Krise	30
4. Interaktive Übung	32
Quiz: Das Modell	32

1. Überblick

Was ist eine Krise? Der Begriff Krise beschreibt ganz allgemein eine schwere Störung, so auch in der Ökonomie. Wirtschaftskrisen sind Momente, in denen die ökonomischen Faktoren aus den unterschiedlichsten Gründen instabil werden.

Woran erkennt man eine Krise? Die häufigsten Anzeichen für eine Krise sind sogenannte wirtschaftliche Ungleichgewichte. Sie äußern sich in steigender Arbeitslosigkeit, Inflation, unausgelasteten Unternehmen, Armut und ähnlichem. Krisen können als ein natürliches Moment im Wirtschaftszyklus auftreten oder sie können die Folge spezifischer Schocks sein, wie sie in den letzten Jahrzehnten meist als Produkt der globalisierten Wirtschaftsdynamik aufgetreten sind.

Wie kann man eine Wirtschaftskrise bewältigen?

Wenn die Ungleichgewichte in einer Volkswirtschaft zu einer Krise führen, liegt es in der Verantwortung der Politik, das Wirtschaftswachstum des Landes zu stabilisieren. Wirtschaftswissenschaftler:innen und politische Entscheidungsträger:innen müssen die Frage beantworten, wie dies am besten zu bewerkstelligen ist. Und wie man sich leicht vorstellen kann, stimmen ihre Handlungsanweisungen nicht unbedingt überein. Jede Schule der Wirtschaftstheorie formuliert unterschiedliche Hypothesen und damit auch unterschiedliche Schlussfolgerungen und praktische Empfehlungen.

Die beiden allgemeinen Referenzmodelle der Wirtschaftswissenschaften sind die **neoklassische** Schule auf der einen Seite und die **keynesianische** auf der anderen. Die beiden Modelle empfehlen bei Krisen unterschiedliche Politiken, da sie von unterschiedlichen Annahmen über die Funktionsweise der Wirtschaft ausgehen.

Die Wirtschaftspolitik der neoklassischen Schule lehnt es ab, auf die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zu setzen – oder, in ökonomischen Begriffen, auf "die Stimulierung der aggregierten Nachfrage, die hauptsächlich durch die Fiskalpolitik gesteuert wird". Das liegt daran, dass diese Schule glaubt, dass öffentliche Ausgaben zu Preissteigerungen führen müssen. Denn sie geht davon aus, dass sich die Wirtschaft immer im Zustand der Vollbeschäftigung befindet – weswegen das Angebot nicht mit der Nachfrage mitsteigen kann. Nach der neoklassischen Theorie werden Ungleichgewichte stattdessen durch die Flexibilität der Preise und durch Marktmechanismen automatisch ausgeglichen.

Im Gegensatz dazu ist für die Keynesianer:innen die staatliche Ausgabenpolitik das wichtigste Instrument, um in die Wirtschaft einzugreifen. Denn staatliche Investitionen beeinflussen als antizyklische Maßnahme direkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (auch aggregierte Nachfrage genannt). Die Staatsausgaben können zum Beispiel erhöht werden durch die Gewährung von staatlichen Zahlungen oder auch durch Steuersenkungen. Beides führt zu einem Anstieg des Einkommens der Menschen und damit verlässlich zu einem Anstieg des Konsums. Dadurch werden wiederum positive Zukunftserwartungen ausgelöst, die einen weiteren Anstieg der Investitionen bewirken. Diese Kettenreaktionen führen am Ende zu einer stärkeren Steigerung von Einkommen und Bruttoinlandsprodukt (BIP), als die öffentlichen Ausgaben selbst ursprünglich bewirkt haben. Diese Vervielfältigung der Wirksamkeit von Staatsausgaben bezeichnen die Keynesianer:innen als "Multiplikatoreffekt". Daher schlägt das keynesianische Modell eine Erhöhung der Staatsausgaben im Rahmen der Fiskalpolitik zur Erhöhung der Nachfrage vor. So sollen die notwendigen

Veränderungen bewirkt werden, die eine aus dem Gleichgewicht geratene Wirtschaft benötigt.

Sind das die einzigen beiden Wirtschaftstheorien/Handlungsanweisungen?

Die Wirtschaftswissenschaft verfügt nicht über einen homogenen und allgemein anerkannten Wissenskanon. Die Anliegen und die Antworten auf wirtschaftliche Probleme unterscheiden sich je nach Denkschule und natürlich auch je nach der Position und dem Interesse, das die Wissenschaftler:innen explizit oder implizit vertreten. Dieser Artikel nutzt als strukturierendes Prinzip die beiden oben vorgestellten Ansätze, den neoklassischen und den keynesianischen. Denn sie bilden die entgegengesetzten Punkte eines breiten Spektrums an ökonomischen Schulen, die jeweils dem einen oder anderen der beiden Ansätze näherstehen.

So ist zum Beispiel die monetaristische Schule (auch als Chicagoer Schule bekannt) eine wichtige Strömung, die das Gewicht des Staates in der Wirtschaft sowie staatliche Konjunkturpolitik als Hauptinstrument zur Behebung wirtschaftlicher Ungleichgewichte stark kritisiert. Angeführt von Milton Friedman unterstützt diese anti-interventionistische Schule die autonome Logik des Marktes und eine Wirtschaftspolitik, die Zinspolitik in den Mittelpunkt stellt. Daher ist sie im Spektrum eindeutig neben der neoklassischen Strömung angesiedelt.

Am anderen Ende des Spektrums hat die post-keynesianische Ökonomie vier Elemente aus Keynes' ursprünglicher Analyse stärker herausgearbeitet: Einkommensverteilung, Finanzinstitutionen, Gewerkschaften und multinationale Unternehmen. Nach dieser Schule, die der keynesianischen Logik nahesteht, sollte in Krisenzeiten die staatliche Ausgabenpolitik sicherstellen, dass die Nachfrage hoch genug ist um Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Dies stimmt mit der ursprünglichen Position von Keynes überein. Der Unterschied besteht aber darin, dass die Post-Keynesianer:innen für einen wirtschaftspolitischen Mix plädieren, der Lohnpolitik mit einem robusten Umverteilungsmechanismus kombiniert, und dass sie zusätzlich die Notwendigkeit einer Verkleinerung und Umstrukturierung des Bankensektors anerkennen.

Neben diesen beiden Schulen – und ohne die klassischen und marxistischen Wurzeln zu vergessen – vermehren sich auch alternative Strömungen, die eine andere Lesart der wirtschaftlichen Probleme fordern. Zu ihnen gehören der entwicklungsökonomische Strukturalismus, die Institutionen Ökonomik, die ökologische Ökonomik und die feministische Perspektive. All diese Richtungen stehen, je nach Grad der Übereinstimmungen, den neoklassischen oder keynesianischen Krisenstrategien näher oder ferner. Diese unterschiedlichen Ansätze werden Gegenstand des Kapitels über Wirtschaftstheorien sein.

Warum ist es wichtig, die unterschiedlichen Reaktionen auf Wirtschaftskrisen zu verstehen?

1) Unterschiedliche Interessen verstehen. Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, dass diese beiden gegensätzlichen Modelle (sowie die anderen, die sich dazwischen befinden) Teil einer gesellschaftlichen Kontroverse sind, die sich nicht nur auf unterschiedliche Wirtschaftstheorien bezieht, sondern auch auf allgemeine Weltanschauungen und politische Ziele. Zwar sind weder Weltanschauungen noch politische Ziele an bestimmte wirtschaftliche Interessen geknüpft, aber sie werden direkt von den Interessen verschiedener Gruppen und deren Einflussmacht geprägt. Das bedeutet, dass der eigentliche Kampf ein Verteilungskampf ist: Wer trägt die Last der Verluste in einer Krise?

Die Auswirkungen auf verschiedene soziale Schichten können sich stark unterscheiden, je nachdem, ob die Politik zum Beispiel das Wirtschaftswachstum des Landes durch antizyklische Staatsausgaben

stabilisiert, und ob sie gleichzeitig Maßnahmen zum Schutz der am stärksten betroffenen Sektoren trifft – oder ob sich die Regierungen stattdessen dafür entscheidet, die Ungleichgewichte vom Markt regeln zu lassen und bankrotte Banken und deren Gläubiger zu retten. Dies zu verstehen, ist nützlich für alle, die sich fragen, wem welche Krisenstrategien schaden oder nützen. Denn alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind durch Werturteile und ideologische Annahmen bedingt und hängen letztlich ab von der Durchsetzungsfähigkeit verschiedener Interessensgruppen.



cartoonistgroup.com/
Washington Post Writers
Group/
Nick Anderson

“Was soll das heißen: du musst gerettet werden???”

2) Überblicken, welches Wissen uns fehlt. Was das Thema Wirtschaftskrisen betrifft, stützt sich das Bildungssystem auf das neoliberale Wirtschaftsparadigma, vor allem bei den verwendeten Schulbüchern. Der Markt wird als grundlegendes, sich selbst ausgleichendes System betrachtet. In ihm streben rationale Akteure nach Gewinn- und Einkommensmaximierung. Individualistisches Verhalten und Kosten-Nutzen-Denken werden so gefördert.

Krisen werden dabei immer auf mechanische Weise erklärt, mittels von Konzepten rund um Wachstum, Wirtschaftszyklen, Makroökonomie und staatliche Intervention. Nicht erhellend werden dabei die Ursachen der Krisen oder die Berührungspunkte mit der Realität. Denn die unmittelbaren Auswirkungen der verschiedenen Krisenbewältigungsstrategien auf unser tägliches Leben werden nicht analysiert. Insbesondere wird nicht gefragt, wer jeweils profitiert und wer die Leidtragenden sind. Dieser Artikel möchte dieses Lernmuster in Frage stellen und den kritischen Blick der Lernenden darauf lenken, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt, auf Wirtschaftskrisen zu reagieren.

3) Die Vergangenheit verstehen. Für das gesamte 20. Jahrhundert lässt sich eine höchst instabile Entwicklung der kapitalistischen Volkswirtschaften nachweisen. Immer wieder und mit zunehmender Häufigkeit kam es zu Wirtschaftskrisen. Die Große Depression nach dem Börsenkrach von 1929, die Ölkrise Anfang der 1970er Jahre und die Finanzkrise von 2008 sind einige Beispiele für globale Wirtschaftskrisen, wenn auch mit unterschiedlichen Auslösern (Zinsschwankungen, Veränderungen der Produktionskosten, Explosion von spekulativen Finanzblasen), wobei auch die Länge der Krisen variierte.

Seit den 1970er Jahren dominiert im Umgang mit Krisen in der Wirtschaftspolitik ein

konservativer Ansatz. Das heißt, die Politik konzentrierte sich auf die Verringerung der öffentlichen Defizite, die Kürzung der öffentlichen Ausgaben, die Kontrolle der Löhne und die Abwertung der nationalen Währung. Diese Sparmaßnahmen bildeten auch die Grundlage der Austeritätspolitik, die in vielen europäischen Ländern nach der Krise von 2008 umgesetzt wurde.

Austerität bedeutet die Einstellung oder Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Letztlich bedeutet sie den Rückzug des Staates als sozialen Akteur, der Ressourcen in die Wirtschaft einbringt. Doch diese Sparpolitik konnte weder nachhaltig Stabilität und Wohlstand garantieren noch die großen wirtschaftlichen Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, Ressourcenverschwendung, Armut und Ungleichheit verhindern. Es lohnt sich daher zu hinterfragen, inwieweit Austerität die richtige Strategie in einer Krise ist.

4) Die Zukunft gestalten. Dieser Artikel wurde während der außergewöhnlichen Krise geschrieben, die durch das COVID-19-Virus ausgelöst wurde. Im Zuge dieser Krise erfuhr auch die Rolle des Staates einen unerwarteten und abrupten Wandel. Die Regierungen in fast allen Ländern der Welt sehen sich pandemiebedingt konfrontiert mit schwierigen Abwägungen zwischen gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Viele nationale Regierungen, Regionen und Kommunen haben schnell reagiert, um die wirtschaftlichen und fiskalischen Folgen der Krise zu bewältigen und die Staaten geben deutlich mehr aus als in den Krisenjahren 2008/2009. Zwei Drittel der OECD-Länder haben beispielsweise Maßnahmen zur Unterstützung der Finanzen von Bundesländern bzw. Regionen und Kommunen ergriffen (OECD, 2020).

Während bis vor kurzem die Austeritäts-Befürworter:innen noch vor allem eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben forderten und die Kontrolle der Inflationsrate, stellt sich nun ein völlig anders Szenario dar. Auf allen Ebenen finden staatliche Investitionen statt zur Überwindung der COVID-19-Krise. Es ist noch zu früh ist, um zu überblicken, wie diese Krise letztlich bewältigt werden wird und ob die verstärkte Präsenz des Staates als Investor in der Wirtschaft von Dauer ist. Aber es ist jetzt schon ermutigend zu sehen, wie in einigen Ländern das Ziel der wirtschaftlichen Erholung mit sozialen und das Klima betreffenden Zielen verbunden wird.

SCHLÜSSELWÖRTER

- Krise
- Wirtschaftspolitik
- Regulierung
- Nachfrage (auch: gesamtwirtschaftliche oder aggregierte Nachfrage)
- Sozialstaat
- Staatliche Investitionen/Konjunkturpolitik
- Neoliberalismus
- Austerität

2. Hintergrundinformationen

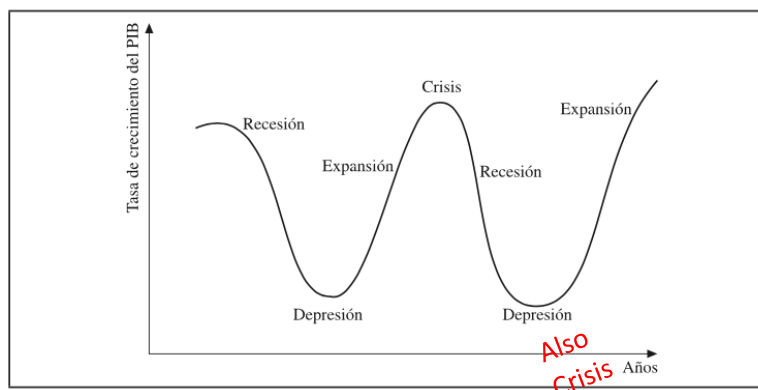
Einführung

Was ist eine Krise? Krise ist ein Begriff, der sich allgemein auf eine Störung bezieht und in der Wirtschaft ist das nicht anders. Wirtschaftskrisen sind Momente, in denen die ökonomischen Faktoren aus den unterschiedlichsten Gründen instabil geworden sind.

Die häufigsten Indikatoren für eine Krise sind sogenannte wirtschaftliche Ungleichgewichte. Sie äußern sich zum Beispiel in steigender Arbeitslosigkeit, Inflation, unausgelasteten Unternehmen und Armut. Krisen können als ein natürliches Moment im Wirtschaftszyklus auftreten oder sie können die Folge spezifischer Schocks sein, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten vor allem als Produkt der globalisierten Wirtschaft erlebt haben.

Was ist der Unterschied zwischen einer Krise und einer Rezession?

Die kapitalistische Dynamik wird als ein zyklischer Prozess von Schwankungen beschrieben, wobei unterschiedliche Faktoren in unterschiedlichem Ausmaß schwanken können. Es ist normal, dass Phasen der Expansion und des beschleunigten Wachstums auf Phasen der Depression und Stagnation folgen, wie in Abbildung 1 dargestellt.



Ein Konjunkturzyklus ist der Zeitraum, in dem auf eine Expansion des Wirtschaftswachstums eine Krise der Wachstumsrate folgt, die dann in eine Rezession übergeht, die schließlich die Talsohle oder Depression erreicht, von der aus die wirtschaftliche Expansion wieder beginnt.^{1 1}

Eine Rezession ist die Phase der Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit, in der der Konsum abnimmt, was zu einem Rückgang der Produktion, des Realeinkommens und der Beschäftigung führt. Diese rezessive Phase kann sich mehr oder weniger lange hinziehen. Im Falle eines längeren Zeitraums wird dann gewöhnlich von einer Depression gesprochen.

Das Schaubild zeigt, was auch Lehrbüchern häufig vermitteln: die Krise als eine Störung, die den Trend der Expansionsphase bricht. Dagegen denken wir in unserem Alltagsverständnis beim Begriff Krise eher an die Phase der Depression.

¹ Die Idee der Wirtschaftskrise als Phase eines Zyklus ist nicht die einzige Art Krisen zu verstehen, sondern nur eine mögliche Betrachtungsweise. Im Allgemeinen wird die Krise innerhalb verschiedener Themenblöcke analysiert, wie zum Beispiel Wachstum und Wirtschaftszyklen, Makroökonomie, aktuelle Krisen und/oder Interventionen des öffentlichen Sektors.

In der Depression erreicht die Rezession ihren Tiefpunkt, oder anders gesagt, eine Depression liegt vor, wenn die Rezession über einen längeren Zeitraum anhält und sich verschärft. Auf eine Talsohle folgt zwangsläufig irgendwann eine Phase des Aufschwungs, in der sich die wirtschaftlichen Faktoren wieder erholen. Wenn Ungleichgewichte in einer Volkswirtschaft zu einer Krise führen, gilt es die Situation umzukehren und das Gleichgewicht wiederherzustellen. Die gewählte Strategie und wer von ihr profitiert, hängt von politischen Entscheidungen ab – das ist es was wir in diesem Artikel zeigen wollen.

Wirtschaftswissenschaftler:innen und politische Entscheidungsträger:innen müssen also die Frage beantworten, wie der nächste Aufschwung am besten herbeizuführen ist. Und wie man sich leicht vorstellen kann, stimmen ihre Handlungsanweisungen nicht unbedingt überein. Jede Schule der Wirtschaftstheorie formuliert unterschiedliche Hypothesen und damit auch unterschiedliche Schlussfolgerungen und praktische Empfehlungen. Um die unterschiedlichen Positionen zu verstehen, werden die beiden grundlegenden Referenzmodelle der Wirtschaftswissenschaften vorgestellt: die neoklassische Schule einerseits und die keynesianische Analyse andererseits.

Die Theorie: Zwei gegensätzliche Modelle

Alle volkswirtschaftlichen Zusammenhänge haben eine quantitative Dimension, daher gilt es zunächst die entsprechenden Zahlen genau zu erfassen, um steuernd eingreifen zu können. Die unterschiedlichen Wirtschaftstheorien schlagen politische Reaktionen vor, die aber Diskrepanzen aufweisen, wie wir nun aufzeigen werden.

Das neoklassische Modell

Das neoklassische Modell geht davon aus, dass es zu jedem Zeitpunkt eine bestimmte Produktionskapazität gibt, die als gesamtwirtschaftliches Angebot (oder auch aggregiertes Angebot) bezeichnet wird. Es ergibt sich unter anderem aus der Anzahl der Fabriken, Maschinen und der technischen Ausstattung (dem Sachkapital) sowie den Arbeitskräften (dem Humankapital). Außerdem setzt das Modell voraus, dass die Preise stets flexibel sind. Diese Flexibilität macht es möglich, dass Angebot und Nachfrage die Wirtschaft immer wieder in einen Gleichgewichtszustand zurückführen, was auch Vollbeschäftigung bedeutet. Bei einem Überangebot einer Ressource – zum Beispiel Arbeit – würde deren Preis fallen, die Löhne würden also sinken. Dadurch würde dann die Nachfrage nach Arbeit wieder steigen, wodurch die bestehende Arbeitslosigkeit automatisch korrigiert würde.

Der Kerngedanke dieses so genannten liberalen Modells ist, dass es zum Erreichen eines Gleichgewichts mit Vollbeschäftigung genügt, die Preise völlig flexibel zu gestalten und die Märkte frei funktionieren zu lassen. Externe Eingriffe jeder Art wären nutzlos, um Ungleichgewichte zu korrigieren, da sich Ungleichgewichte aufgrund der Freiheit der Märkte und der Flexibilität der Preise von selbst auflösen würden. Nach diesem Modell führen Eingriffe nur zu wirtschaftlichen Ineffizienzen, entweder in Form von Preissteigerungen (Inflation) oder durch eine Verlagerung der individuellen Ausgaben. Letzteres wäre der Fall, wenn rationale private Akteure schon heute lieber sparen als konsumieren, da sie sich des steigenden Defizits des Staates bewusst sind und daher mit zukünftigen Steuererhöhungen rechnen.

Das keynesianische Modell

Die Grundannahmen des keynesianischen Modells vermitteln eine andere Vorstellung von der Funktionsweise der Wirtschaft und führen zu ganz anderen Schlussfolgerungen. Der Hauptunterschied besteht darin, dass für Keynes die Preise eher starr sind, sie also nicht flexibel auf Veränderungen der Nachfrage reagieren. Insbesondere die Löhne sind Keynes zufolge unflexibel, da Arbeitnehmer:innen in der Regel nicht bereit sind, niedrigere Löhne zu akzeptieren als sie bereits erhalten.

Bei einem Produktionsniveau, das nicht für Vollbeschäftigung ausreicht, ist die Nachfrage nach Arbeitskräften geringer als das Angebot. Vollbeschäftigung könnte aber erreicht werden, indem die gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erhöht wird, so dass wieder mehr Arbeitsstellen entstehen. Wenn die Wirtschaft unterhalb der Vollbeschäftigung liegt, wären nach diesem Modell staatliche Eingriffe zur Steigerung der Nachfrage nützlich und notwendig, um die Produktion zu erhöhen. Erst wenn die Wirtschaft ihr Vollbeschäftigungsniveau erreicht hat, würde jede weitere nachfragesteigernde Intervention einen Preisanstieg bewirken.

Krisen-Instrumente: Fiskal- und Geldpolitik

Wirtschaftspolitik versucht, im Fall von krisenhaften Ungleichgewichten einzugreifen. Die beiden wichtigsten Instrumente des Staates sind dabei die Fiskal- und die Geldpolitik.

Fiskalpolitik: Sie ist das wichtigste staatliche Werkzeug, um die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen zu beeinflussen. Fiskalpolitik bezeichnet die Politik zur Koordinierung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben. Die öffentlichen Ausgaben setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

- Laufende Ausgaben: sie fallen an für die Entlohnung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, den Erwerb von Waren und Dienstleistungen sowie für laufende Transferleistungen.
- Öffentliche Investitionen: mit ihnen ermöglicht der Staat die Kapitalbildung in der Wirtschaft und das Weiterfließen von Kapital in andere Sektoren.
- Finanzausgaben: Ausgaben, die sich aus der angesammelten Staatsschuld ergeben, insbesondere für den Zinsdienst.

Natürlich müssen die öffentlichen Ausgaben finanziert werden. Die öffentlichen Einnahmen können aus drei Quellen stammen:

- Verkauf von Waren und Dienstleistungen, die von öffentlichen Unternehmen produziert werden,
- Erheben und Eintreiben von Zahlungen, also hauptsächlich Steuern,
- Erhöhung der Staatsverschuldung.

Durch die Steuerung der beiden Komponenten der Fiskalpolitik (Einnahmen und Ausgaben) erzeugen die Regierungen diverse Veränderungen in der Wirtschaft:

- Die Nachfrage kann durch eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben gesteigert werden.
- Die verfügbaren Einkommen können durch Steuersenkungen erhöht werden, ebenso wie Konsum und Nachfrage.
- Unternehmensinvestitionen können durch Steuergutschriften oder die Senkung der Steuerbelastung von Gewinnen gefördert werden.

Geldpolitik: Dies sind alle Interventionen, die von der Zentralbank eines Landes durchgeführt werden,

um die Geldschöpfung zu beeinflussen und so zur Erreichung bestimmter Ziele beizutragen. Der Staat steuert die Geldpolitik, indem er die Leitzinsen festlegt. So wird die Giralgeldschöpfung der Banken durch Kreditvergabe gebremst oder befeuert, und somit auch die Investitionen und der Konsum.

Der Ausgangspunkt der Geldpolitik ist die Beeinflussung der umlaufenden Geldmenge durch Änderungen der Zinssätze auf dem Geldmarkt: Wenn die Geldmenge steigt, sinkt der Zinssatz und umgekehrt. Die Zinsschwankungen beeinflussen einerseits die Geldschöpfung der Banken, denn bei niedrigen Zinsen haben die Banken mehr Anreize zur Kreditvergabe. So erhöhen sich Investitionen und Konsum, die Realwirtschaft wird angekurbelt. Andererseits beeinflussen die Zinssätze das Sparverhalten der Bürger, da niedrige Zinsen nicht zum Sparen von erwirtschaftetem Geld ermutigen. Auch auf diese Weise wird der Konsum gesteigert und die Realwirtschaft angekurbelt.

Sowohl durch die Beeinflussung der Konsum- oder Sparsentscheidung wie auch über die Erleichterung der Kreditvergabe können sich Änderungen der Zinssätze auf die Gesamtnachfrage auswirken, und somit auch auf das Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungsniveau. Dennoch gilt die staatliche Fiskalpolitik als die direkteste Intervention, denn nur sie greift unmittelbar in die Realwirtschaft ein. Die Zinspolitik dagegen greift zunächst in den Geldmarkt ein und erst danach in die Realwirtschaft und ist daher weniger direkt und weniger effektiv. Das Instrument der niedrigen Zinsen wirkt auch deswegen nur indirekt, weil es auf zusätzliche Entscheidungen der privaten Wirtschaftsteilnehmer:innen angewiesen ist. Diese sollen veranlasst werden bei der Bank Kredite zu beantragen, so dass neues Geld für Investitionen und Konsum geschaffen wird. Die letztendliche Entscheidung zur Ankurbelung der Wirtschaft wird also dem oftmals störrischen privaten Sektor überlassen. Denn für Unternehmen und Haushalte ist der Kreditzins bei Investitions- und Konsumententscheidungen nur ein Faktor unter vielen – und dabei nicht einmal der wichtigste.

Die Fiskalpolitik hingegen schafft direkt neues Geld, das in der Wirtschaft ausgegeben wird. Es wird direkt von der Regierung auf die Bankkonten des privaten Sektors überwiesen, der keine weiteren Entscheidungen treffen muss – das Geld ist direkt verfügbar und bereit, Nachfrage zu schaffen. Vor allem funktionieren Staatsausgaben auch dann, wenn der Leitzins nicht mehr hilft (wenn er zum Beispiel nicht unter null sinken kann) und der gesamte private Sektor prozyklisch handelt.

Welche Vorschläge und welche politischen Instrumente enthalten die beiden Modelle bei wirtschaftlichen Ungleichgewichten?

Bei wirtschaftlichen Ungleichgewichten unterscheiden sich die Empfehlungen der beiden politischen Richtungen grundsätzlich, da sie von unterschiedlichen Annahmen über die Funktionsweise der Wirtschaft ausgehen. So lehnt die neoklassische Schule Konjunkturpolitik zu Steigerung der Nachfrage ab, weil dies zu Preissteigerungen führen würde. Denn diese Theorie geht davon aus, dass die Wirtschaft sich immer im Zustand der Vollbeschäftigung befindet. Infolgedessen scheut sie den Einsatz der Fiskalpolitik, deren Hauptziel darin besteht, die Nachfrage zu beeinflussen. In der neoklassischen Theorie werden die Ungleichgewichte durch die Flexibilität der Preise und die automatischen Mechanismen des Marktes ausgeglichen. Das neoklassische Modell setzt allein auf diese Anpassungsmechanismen und lehnt jede andere staatliche Intervention ab.

Bei der Geldpolitik geht das Modell davon aus, dass die Schwankungen der Geldmenge langfristig keine großen Auswirkungen auf das Einkommen haben. Denn wenn das Vollbeschäftigungsniveau einmal erreicht ist, kann es nicht mehr überschritten werden. Kurzfristig ist die Geldpolitik jedoch ein geeignetes Mittel, um die Nachfrage zu steigern oder zu senken, da die schwankenden Zinssätze den Verbrauch, die Investitionen und die Kreditvergabe steuern. Zusammenfassend lässt sich sagen: das

neoklassische Modell sagt vorher, dass eine expansive Ausgabenpolitik nur zu Preissteigerungen führen wird. Daher ist für die Propagandist:innen dieses Modells die Geldpolitik das wichtigste Instrument zur Behebung von makroökonomischen Ungleichgewichten.

Im Gegensatz dazu ist für Keynesianer:innen das wichtigste Instrument zur Intervention in die Wirtschaft die Fiskalpolitik, da sie sich direkt auf die Nachfrage auswirkt. Durch die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben steigt die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, wodurch das allgemeine Einkommen steigt. Der Anstieg des Konsums wiederum weckt positive Zukunftserwartungen, die zu einem weiteren Anstieg der Investitionen führen. Auf diese Weise kommt es zu einer Reihe von Kettenreaktionen, an deren Ende der Anstieg des allgemeinen Einkommens und des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steht. Dieser Effekt übersteigt die Wirkung der ursprünglichen Ausgaben, weswegen er von den Keynesianer:innen als Multiplikatoreffekt bezeichnet wird. Das keynesianische Modell verlangt also die Anpassung der Fiskalpolitik und damit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, um die notwendigen Veränderungen in einer Krisensituation herbeizuführen.

Für Keynesianer:innen unterscheiden sich die Mechanismen der Geldpolitik nicht von denen im neoklassischen Modell. Alle sind sich einig: wenn der Zinssatz hoch ist, haben die Akteure mehr Anreize zu sparen, und wenn der Zinssatz niedrig ist, haben sie mehr Anreize zu investieren und zu konsumieren. Der Unterschied liegt jedoch in der Beurteilung der Wirksamkeit der Geldpolitik. Zum einen stellen Keynesianer:innen die Wirkung einer Zinssenkung zur Ankurbelung der Wirtschaft ganz generell in Frage. Denn Investitionsentscheidungen hängen von vielen anderen Variablen als nur vom Zins ab: von den erwarteten Gewinnen, von der aktuellen wirtschaftlichen Situation und von den Zukunftserwartungen der Unternehmen. Zum anderen bezweifeln die Keynesianer:innen insbesondere die Wirkung der Geldpolitik in Zeiten der Rezession. Denn während in einer expansiven Phase viele Kredite beantragt und gewährt werden und sich so die Geldschöpfung durch die Banken erhöht, passiert in der rezessiven Phase das Gegenteil: mehr Kredite werden zurückgezahlt als aufgenommen, weswegen sich die Menge des Giralgeldes automatisch verringert. Der private Sektor verhält sich also prozyklisch und vergrößert damit die Krise. Die Kette, über die Schwankungen der Geldmenge monetäre Impulse auf die Wirtschaft überträgt, ist unterbrochen. In dieser Situation kann nur die Geldschöpfung durch Defizitausgaben helfen. Aus diesem Grund argumentieren Keynesianer:innen, dass die Geldpolitik nicht in der Lage ist, einen Anstieg von Produktion, Einkommen und Beschäftigung zu erzielen.

Ausgehend von den Hauptgedanken, auf denen die beiden Modelle ihre Theorien aufbauen, können wir ihre unterschiedlichen Handlungsanweisungen wie folgt vereinfachen:

Annahmen der Modelle	neoklassisch	keynesianisch
Preise	flexibel	starr
Beschäftigung	Vollbeschäftigung	Unterbeschäftigung
Anpassungsmechanismen	Preise	Zinsen, Einkommen
Staatliche Interventionen	Nein, Märkte können sich automatisch regulieren	Ja, die Wirtschaft braucht Regulierung
Fiskalpolitik	Nein, höhere Staatsausgaben würden nur zu steigenden Preisen führen, weil die Wirtschaft sich bereits im Zustand der Vollbeschäftigung befindet.	Ja, das Gleichgewicht kann durch höhere Staatsausgaben wiederhergestellt werden, dank der Beeinflussung der Nachfrage und des Multiplikatoreffekts.
Geldpolitik	Zinsänderungen werden zum Eingriff in Ungleichgewichte genutzt – haben aber nur einen kurzfristigen Effekt.	Nein, Zinsraten sind nicht effizient um Wachstum, Einkommen und Beschäftigung zu beeinflussen.

Folgen der einzelnen wirtschaftspolitischen Entscheidungen

Die analysierten Modelle integrieren unterschiedliche Faktoren in die Entscheidungsfindung bei wirtschaftlichen Problemen. Die staatlichen Entscheidungsträger:innen stehen vor komplizierten Fragen, wenn sie bei wirtschaftlichen Ungleichgewichten Maßnahmen treffen müssen. Aber Wirtschaftstheorie und empirische Forschung bieten genügend Erkenntnisse, wenn es gilt makroökonomische Probleme zu beeinflussen. Die endgültigen Entscheidungen hängen jedoch nicht nur von wissenschaftlichen Daten ab, sondern auch von den Präferenzen und Weltanschauungen derjenigen, die sie treffen.

Denn die Frage nach der Wirksamkeit unterschiedlicher Wirtschaftspolitiken hängt nicht nur vom theoretischen Modelle ab, sondern auch von den Zielen, die sie vorrangig erreichen wollen. Selbst wenn die Fiskalpolitik und die Geldpolitik gleich wirksam wären, die Modelle also vorhersagen würden, dass die Erhöhung der Geldmenge und die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben den gleichen Gesamteffekt erzielen würde, gibt es jedoch einen offensichtlichen Verteilungseffekt, der dabei nicht berücksichtigt wird: Auch wenn letztendlich beide Strategien zu einer Steigerung der Produktion und des Gesamteinkommens führen, ist es dennoch ein Unterschied, ob beispielsweise die Inhaber von Vermögenswerten oder Arbeitslose oder Rentnern die Nutznießer sind.

Aber auch der unterschiedliche institutionelle Rahmen, in dem diese beiden Politiken umgesetzt werden, muss berücksichtigt werden. Die Fiskalpolitik unterliegt der direkten Kontrolle der Parlamente, die der Sitz der Volkssouveränität sind (oder sollte ihr zumindest unterliegen). Dagegen wird die Geldpolitik von den Zentralbanken gestaltet, Institutionen, die über eine viel schwächere

demokratische Kontrolle verfügen, insbesondere seit ihrer völligen Unabhängigkeit. Kurzum, es zeigt sich, dass alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen durch Werturteile und Weltanschauungen geprägt sind. Vor allem geben sie die Vormachtstellung von spezifischen gesellschaftlichen Interessen wieder.

Krise: Globale Ungleichgewichte und die gegensätzlichen Antworten

Nachdem wir die Theorien untersucht haben mit denen Wirtschaftswissenschaftler:innen Ungleichgewichte analysieren, sowie die Instrumente, mit denen sie auf Krisen reagieren wollen, betrachten wir in diesem Abschnitt nun konkrete Krisenbeispiele. Im Vordergrund steht hier der reale Kontext der jeweiligen Krise und die politischen Maßnahmen, die zu ihrer Bewältigung ergriffen wurden.

Während des gesamten 20. Jahrhunderts erlebte die Weltwirtschaft, trotz ihres Wachstumskurses große Instabilitäten und wurde insbesondere durch drei globale Krisen erschüttert. Im Laufe dieses Zeitraums wandelten sich die theoretischen Modelle, die besagen, wie Krisen überwunden werden können.

Die Große Depression und das keynesianische Modell

Nach einer Phase der Expansion, begünstigt durch neue Technologien und globale Märkte, löste der Erste Weltkrieg zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine neue Phase der wirtschaftlichen Depression aus. Der Krieg mobilisierte Millionen von Menschen, die aus der Produktion abgezogen wurden. Als der Krieg zu Ende war und nachdem sich die Volkswirtschaften erholt hatten, entstand eine große Überproduktionskrise mit unzureichender Nachfrage. Vorübergehend blühte die Wirtschaft in den Roaring Twenties auf, doch der kurzfristige Wohlstand konnte die tieferen strukturellen Probleme in den wichtigsten Industrieländern nicht verbergen. Die Unruhen, die durch den Wegfall des Goldstandards und die fehlende monetäre Regulierung des internationalen Handels entstanden, führten 1929 zu einer neuen Krise, die als Große Depression bekannt wurde.

Bis dahin wurde die Wirtschaftspolitik der Industrieländer von den Ideen des liberalen Modells beherrscht. Diese liberalen Theorien empfahlen den Regierungen, nicht einzugreifen um wirtschaftliche Ungleichgewichte zu korrigieren. Die Märkte erwiesen sich jedoch als unfähig, Massenarbeitslosigkeit und Krisen aus eigener Kraft zu überwinden. Da der Markt allein kein Gleichgewicht garantieren konnte, schlug Keynes zu diesem Zeitpunkt vor, dass der Staat eine neue, aktive Rolle übernehmen sollte. In Keynes' wirtschaftspolitischem Modell fällt dem Staat die Aufgabe zu, Ungleichgewichte zu korrigieren und das Fehlen privater Ausgaben auszugleichen. In den 1930er Jahren begannen mehrere Regierungen tatsächlich Ausgaben für öffentliche Unternehmungen zu tätigen und auf verschiedene Art Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Erhöhung der öffentlichen Ausgaben (also eine expansive Fiskalpolitik) und die daraus resultierende Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ermöglichte es den Familien ihren Konsum zu steigern, was wiederum den Unternehmen ermöglichte, ihre Waren zu verkaufen. Dank der staatlichen Intervention und des Multiplikatoreffekts gelang es, Arbeitsplätze zu schaffen und die produktive Tätigkeit wieder anzukurbeln. Während des Zweiten Weltkriegs nahmen die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft überall auf der Welt enorm zu.

Nach dem Krieg konnte das keynesianische Wirtschaftsmodell seine Beliebtheit noch steigern, es passte gut in die neue Zeit und ihrer Kombination aus langfristigem, beispiellosem

Wirtschaftswachstum und der Festigung des Sozialstaates. In der Nachkriegszeit wurden zahlreiche soziale Bedürfnisse durch öffentliche Ausgaben abgedeckt und das bekräftigte den Sieg der keynesianischen Schule. Keynes hatte das neoklassische Modell in Frage gestellt, dessen Unzulänglichkeiten aufgezeigt und auf die Notwendigkeit neuer Interventionsmechanismen hingewiesen. Er entwarf so den Leitfaden für eine Wirtschaftspolitik, wie sie in den meisten entwickelten Volkswirtschaften für mehr als dreißig Jahre Gültigkeit behalten sollte.

Die Ölkrise und das Ende des Wohlfahrtsstaates

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann eine Wachstumsperiode, die von Ende der 1940er Jahre bis Mitte der 1970er Jahre praktisch ununterbrochen andauerte. Die weltweiten Exporte stiegen von 60.000 Millionen Dollar im Jahr 1948 auf zwei Billionen im Jahr 1980, ein guter Indikator für das allgemeine Wachstum und die Internationalisierung der Wirtschaft in dieser Zeit. Die Festigung des Sozialstaates und damit der Anstieg des Lebensstandards in den westlichen Volkswirtschaften sowie die Ausweitung der internationalen Investitionen wurden als dauerhaftes Phänomen betrachtet. Man ging davon aus, dass die Weltwirtschaft sich ab jetzt auf einem stabilen und unendlichen Wachstumspfad befände.

Schließlich traten jedoch neue wirtschaftliche Störungen auf, das allgemeine Wachstum sowie das Modell des Sozialstaates wurden erheblich geschwächt. Der stabile Aufwärtstrend des Konsums, also die stetige Ausweitung der Nachfrage, setzte die Preise unter Druck. Die Unternehmen verließen sich weiterhin auf die billigen Kredite zu niedrigen Zinsen, um ihre Produktionskapazitäten laufend auszuweiten und so die Lohnerhöhungen zu kompensieren, die von den Arbeitnehmern immer wieder gefordert wurden. Das Wachstum der öffentlichen Ausgaben (Fiskalpolitik) und der Geldmenge (Geldpolitik) trugen zur Überhitzung der Wirtschaft im Westen bei. All diese Faktoren führten 1973 zu Ungleichgewichten, als die Ölpreise in die Höhe schossen und die Weltwirtschaft in eine Phase der Unordnung und in eine akute Krise geriet, die bis weit in die 1990er Jahre andauerte.

Die Erdöl exportierenden Länder (OPEC) entschieden sich, den Preis pro Barrel in beispielloser Weise zu erhöhen. Und da die westlichen Volkswirtschaften allesamt Nettoimporteure von Erdöl waren, verschlechterten sich ihre Handelsbilanzen fast augenblicklich. Gleichzeitig sahen sich die Regierungen weiterhin mit enormen Ausgaben konfrontiert. Die erste Reaktion bestand darin, die keynesianische Politik fortzusetzen und die öffentlichen Investitionen zu steigern: Erhöhung der Sozialleistungen aufgrund der steigender Arbeitslosigkeit und Unterstützung von gefährdeten Unternehmen. Da die Wirtschaftskrise aber zu immer geringeren öffentlichen Einnahmen führte, wurden die öffentlichen Defizite immer größer und die Staatsverschuldung stieg unaufhörlich. All dies führte zu einer wirtschaftlichen Rezession in den westlichen Ländern, verbunden mit einem starken Rückgang der Produktion und der Beschäftigung sowie einem Anstieg der Preise. Und die Ausweitung der Geldmenge war eine Einladung für die Finanzspekulation und für die kommende Finanzialisierung der gesamten Wirtschaft.

Das neoliberale Modell und die Finanzkrise 2008

Die globale Situation war in dieser Zeit geprägt von Arbeitslosigkeit, Inflation, öffentlichen Defiziten, Auslandsschulden und zunehmenden sozialen Unruhen. Eine globale Krise dieses Ausmaßes erforderte entschiedene Reaktionen. Bereits in den 1970er Jahren begannen die Militärdiktaturen in Lateinamerika die liberalen Maßnahmen anzuwenden, die sich später in der ganzen Welt verbreiten sollten. Im Jahr 1989 fiel die Berliner Mauer und schließlich der gesamte sozialistische Block. Die allgemeine Arbeitslosigkeit schwächte die Arbeiterklasse sehr. All diese Faktoren bildeten die politischen Voraussetzungen für einen Aufschwung, der in erster Linie dem Wachstum der

Unternehmensgewinne dienen sollte. Den theoretischen Überbau dafür lieferten die neoklassischen Prinzipien, die nun im Rahmen des sogenannten Neoliberalismus neu formuliert wurden.

Neue Informationstechnologien und Regelungen für einen uneingeschränkten Waren- und Kapitalverkehr ermöglichten die Globalisierung eines großen Teils der Produktion. Diese neue wirtschaftliche Phase der weltweiten Vernetzung und der Vorherrschaft neoliberaler Ideen war die eine Antwort auf die große Krise der 1970er Jahre. Sie öffnete auch die Tür zu einer neuen Ära, in der sich Unruhen auf den Finanzmärkte fast völlig ungehindert ausbreiten konnten. Allein zwischen 1970 und 2003 (also schon in der Zeit vor der großen Krise im Jahr 2007) gab es 117 systemische Banken Krisen in 93 Ländern. Und in 17 Ländern kam es zu 113 Stress-Episoden auf den Finanzmärkten.

Der De-Regulierungsprozess des Finanzsektors erlaubte den Banken die Verbreitung von qualitativ minderwertigen, hochriskanten Finanzprodukten, die schließlich das gesamte internationale Finanzsystem verseuchten. In den Vereinigten Staaten vergaben die Banken Hunderttausende von Hypothekenkrediten zu sehr niedrigen Zinssätzen an Menschen in prekären finanziellen Verhältnissen. Es handelte sich dabei um so genannten Subprime-Hypotheken, auch Junk Hypotheken oder NINJA-Darlehen genannt, vergeben an Menschen ohne Einkommen, ohne Arbeit und ohne Vermögen. Diese Subprime-Hypotheken wurden umgewandelt und zu neuen Finanzpapieren kombiniert, von den Banken Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) genannt, beziehungsweise Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS), wenn es sich um gewerbliche Hypotheken handelte. Sie wurden von Investmentfonds (die oft den Banken selbst gehörten) erworben, die sie wiederum in neue Produkte umwandelten, wodurch eine perverse Kette entstand, denn wenn die erste Hypothek nicht mehr bezahlt wurde, verloren alle nachfolgenden Produkte sofort an Wert.

Was Anfang 2007 geschah, war vorhersehbar gewesen: die Hypotheken wurden nicht mehr bedient, so dass einige Banken schließlich Abschreibungen vornehmen oder sogar Konkurs anmelden mussten. Nach und nach breitete sich die Ansteckung weltweit aus, der Kredithahn wurde zugedreht, die Investitionen endeten, die Arbeitslosigkeit vervielfachte sich und die Regierungen sahen sich 2008 einer weiteren globalen Krise gegenüber. Was als Finanzkrise begann, wurde zu einer Krise der Realwirtschaft. Es fehlten Rezepte zur Bewältigung der Krise, alle Anzeichen wiesen darauf hin, dass massive staatliche Eingriffe notwendig sein würden – was jedoch mit dem herrschenden neoliberalen Denken kollidierte.

Die konservative Antwort: Austerität

Die Reaktion auf die Krisen seit den 1970er Jahren, einschließlich der von 2008, wurde von der Wirtschaftspolitik der konservativen Revolution inspiriert. Sie begann fast zeitgleich im Vereinigten Königreich, mit dem Wahlsieg von Margaret Thatcher 1979, und in den Vereinigten Staaten, mit der Wahl von Ronald Reagan (1980). Beide gaben eine konservative, neoliberale, marktorientierte Antwort auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme. Beide formulierten zu Beginn ihrer Amtszeit zwei neue wirtschaftspolitische Ziele: die Senkung der Inflation und die Verringerung des Haushaltsdefizits. Sie setzten dabei auf den Marktmechanismus zur Erzielung maximaler Effizienz bei automatischen Gleichgewichten und auf Individualismus anstelle von Kooperation.

Diese konservative Antwort beinhaltete eine Reihe von Strukturanpassungen. Sie sollten Hürden für die Privatinitiative beseitigen, den Unternehmen Gewinne ermöglichen und das Gleichgewicht der sozialen Kräfte verändern. Die Anpassungspolitik zielte auf die Verringerung der Nachfrage und insbesondere auf die Verringerung des Handelsbilanzdefizits. Dazu nutzte sie traditionelle Nachfrage-

Instrumente in einem restriktiven Sinne: Kontrolle der Geldmenge und der Kredite, Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Kontrolle der Löhne und Abwertung der nationalen Währung. Gleichzeitig wurde dieses Modell begleitet von Maßnahmen zur Lockerung der Arbeitsmarktgesetze, zur Liberalisierung der Finanzmärkte und zur Begrenzung der staatlichen Interventionen.

Diese makroökonomische Korrekturmechanismen wurden mehr oder weniger intensiv in fast allen Ländern der Welt angewandt. So reagierte auch die Europäische Union nach der großen Krise von 2008 mit einer Verschärfung der so genannten Austeritätspolitik, umgesetzt von der Troika. Dabei handelte es sich um ein Programm von Europäischer Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB), das bestimmten Ländern – Griechenland, Irland, Portugal, Zypern, Spanien, Ungarn, Lettland und Rumänien – auferlegt wurde. Sparmaßnahmen mussten umgesetzt werden, um im Gegenzug finanzielle Unterstützung zu erhalten. Zuvor hatten die Staaten die riesige Rechnung aus der Rettung des Bankensektors übernommen. Zur Bewältigung der daraus resultierenden Staatsschulden wurden dann starke Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und insbesondere bei den Sozialausgaben verlangt, um die Bilanzen der Staaten wieder zu korrigieren. Diese Kürzungen der öffentlichen Ausgaben erzeugten jedoch einen negativen Multiplikatoreffekt, der viel größer war als erwartet. Statt die Lage zu verbessern, führte dies zu einer erneuten Rezession in fast ganz Europa, mit der unvermeidlichen Folge von mehr Arbeitslosigkeit und mehr Schulden. Deutschland hat diese Sparmaßnahmen in den genannten Ländern am stärksten betrieben, während es der Krise im eigenen Land paradoxerweise gleichzeitig mit Konjunkturprogrammen zur Ankurbelung der Binnennachfrage begegnete.

Auch in weniger entwickelten Ländern wurden Austeritätspolitiken durchgesetzt. Wie bereits analysiert, folgten auf Wirtschaftskrisen regelmäßig Probleme der Auslandsverschuldung: Die konservativen Maßnahmen zielten hauptsächlich auf die Verringerung des staatlichen Haushaltsdefizits. Daraufhin kamen internationale Organisationen "zur Rettung" und gewährten Darlehen mit strengen Auflagen. Auf diese Weise sorgten die "Hilfsorganisationen", die Weltbank und der IWF, dafür, dass die Regierungen der Schwellenländer den Grundsätzen und Interessen der großen Gläubigermächte entsprachen. Um die Zahlungen zu gewährleisten, waren die Regierungen gezwungen, Konsum, Importe sowie öffentliche Ausgaben zu senken. Ein Ergebnis, das auch nach der vorherrschenden liberalen Überzeugung als schädlich galt.

Die Folgen waren überall gravierend, besonders verheerend aber in den ärmeren Ländern, wo der Abbau des Sozialstaates zu einem enormen Anstieg von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialen Unruhen führte, und zwar in einem nie zuvor gesehenen Maße. Kurz gesagt, die Austeritätspolitik hat es den Unternehmen bisher ermöglicht, ihre Gewinne zu steigern und das soziale Kräfteverhältnis zu verändern, aber sie war weder in der Lage dauerhafte Stabilitäts- und Wohlstandsphasen zu erzeugen, noch hat sie die großen wirtschaftlichen Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, Ressourcenverschwendung, Armut und Ungleichheit verhindert.

Die antizyklische Reaktion: Wie staatliche Investitionen aussehen könnten

Die vorherrschende Wirtschaftspolitik zur Krisenbewältigung folgte in verschiedenen Ländern den oben beschriebenen Sparmaßnahmen. Es gibt jedoch auch Beispiele von Staaten, die die härtesten Sparmaßnahmen, die ihnen von ihren europäischen Gläubigern auferlegt wurden, mutig verworfen haben. Die jüngste Entwicklung in Portugal kann als eines der ersten Beispiele für diese Art von antizyklischer Wirtschaftspolitik gelten.

Nach der Krise von 2008 erlebte Portugal die schlimmste Rezession seit 40 Jahren. Zwischen 2011 und 2014 gingen Zehntausende von Unternehmen in Konkurs, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 17 Prozent und Hunderttausende junger qualifizierter Menschen wanderten aus, was zu einem Verlust von über vier Prozent der Erwerbsbevölkerung führte. Im Jahr 2011 verhandelte die Regierung Passos Coelho mit dem IWF über ein Rettungspaket zu den typischen Sparkonditionen: Kürzungen bei den Sozialleistungen, bei den Arbeitskosten und den Renten sowie die Privatisierung öffentlicher Vermögenswerte – was alles zusammengenommen zu einem Zusammenbruch der Nachfrage führte. Antonio Costa, der damalige Bürgermeister von Lissabon, bezeichnete diese Maßnahmen als Unterwerfung unter die neoliberale Agenda, die das Land ausbeutet und das Kapital vertreibt, statt es anzuziehen.

Nach seiner Wahl zum portugiesischen Premierminister im Jahr 2015 stellte sich Antonio Costa gegen das Austeritätsdogma und machte Sparmaßnahmen rückgängig, die die Arbeitszeit, den Urlaub und die Steuern betrafen. Gleichzeitig erhöhte er den Mindestlohn innerhalb von zwei Jahren um 20 Prozent. Interessanterweise gelang es ihm, die öffentlichen Ausgaben im Gleichgewicht zu halten und sogar das Haushaltsdefizit zu verringern. Indem er die Steuern senkte, erhöhte Costa das Einkommen der Bevölkerung, insbesondere für diejenigen mit niedrigeren Löhnen. Die Binnenwirtschaft wurde so belebt, die öffentlichen Investitionen verstärkt, die Arbeitslosigkeit verringert, ohne dadurch den Staatshaushalt zu überfordern. Kurzum, Costas verband fiskalische Disziplin mit der Erhöhung der Einkommen.

Für viele bewies diese antizyklische Reaktion, dass es möglich ist Wirtschaftskrisen zu überwinden, ohne dabei Arbeitsplätze und den allgemeinen Lebensstandard zu zerstören. Nach der Meinung anderer hat Costa lediglich einige ökonomische Anpassungen vorgenommen und hatte ansonsten das Glück, von der allgemeinen Erholung in Europa, sinkenden Ölpreisen, einem Anstieg der Exporte und vom Tourismusboom zu profitieren. Die Kritiker:innen argumentieren, dass die Ausweitung der Inlandsnachfrage gering war und es vielmehr die Verbesserung der Außenhandelsbilanz war, die es ermöglichte, die Wirtschaft zu versorgen, ohne den externen Finanzierungsbedarf zu erhöhen. Darüber hinaus gibt es Bedenken hinsichtlich des künftigen Weges des Landes, weil ein langfristiger Investitionsplan zur Steigerung der Produktivität fehlt, aber auch wegen der Anfälligkeit des Bankensektors.

Es ist noch zu früh, um zu verstehen, ob dieses Comeback antizyklischer Instrumente als erfolgreiche Krisenintervention gelten kann. Im Falle Portugals könnte das Land bei der Verbesserung seiner makroökonomischen Situation am Ende einfach von der Erholung Europas profitiert haben. Die Regierung Costa war aber überzeugt, dass die Verringerung der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung des Einkommens das Vertrauen der Menschen stärkt. Und Vertrauen wiederum ist nach dieser Vorstellung eine wichtige Triebkraft für wirtschaftliche Erholung. In diesem Sinne könnte Portugal auch der Beginn eines Wandels in der allgemeinen politischen Ökonomie sein.

Die Rolle der politischen Ökonomie: Weitere Vorschläge

Zuverlässige Quellen dokumentieren, wie die neoliberale Reformpolitik, unterstützt von der Globalisierung, in den letzten Jahrzehnten zu einer ständigen Verlagerung des Reichtums geführt hat: von den Arbeitnehmer:innen zum Kapital, von der Peripherie zum Zentrum und von den ärmsten Bevölkerungsgruppen zu den privilegiertesten. Zuverlässige Berichte über die Verteilung von Einkommen und Vermögen belegen dies.²²

²² Dem World Inequality Report 2018 zufolge hat die Einkommensungleichheit in den letzten Jahrzehnten in fast allen Ländern zugenommen, allerdings in unterschiedlichem Tempo. Das deutet darauf hin, dass

Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre wurde des öfteren von internationalen Organisationen verordnet und beruht auf Maßnahmen wie der radikalen Kontrolle der Inflation und der Haushaltsdefizite. Umso erstaunlicher ist es, dass diese Maßnahmen in der Fachliteratur keine ausreichende theoretische oder empirische Grundlage haben (insoweit sie überhaupt mehr sein wollen als bloße Rhetorik).

All dies lässt den Verdacht aufkommen, dass die Wirtschaftspolitik nicht auf der Grundlage objektiver Kriterien oder neutraler Interessen betrieben wird. Vielmehr bewegt sie sich in einem starken sozialen Konfliktfeld. Der Kontext zunehmender Ungleichheit wiederum bewirkt, dass nur die mächtigsten Akteure und Institutionen die Regierungen dahingehend beeinflussen können, die ihnen nützlichen Politiken umzusetzen. Sie wollen sicherstellen, dass diejenige Wirtschaftspolitik Anwendung findet, die ihre wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen am besten schützt.

Es gilt daher die Funktionsweise dieser höchst konservativen Wirtschaftswissenschaft zu verstehen. Sie hat den Status quo und mächtige Medien auf ihrer Seite, reduziert die Gesellschaften auf ihre einzelnen Individuen und deren rationales Verhalten und ist in Wirklichkeit ausschließlich von Profitinteressen getrieben. Es ist entscheidend, dass wir alle verstehen: hinter jeder wirtschaftspolitischen Entscheidung stehen Interessen.

Institutionen und politische Maßnahmen bei der Entwicklung der Ungleichheit eine Rolle spielen. Seit 1980 hat die Einkommensungleichheit in Nordamerika, China, Indien und Russland rasch zugenommen. Von 1980 bis 2018 hat das oberste eine Prozent der Einkommensbezieher weltweit doppelt so viel Vermögen angehäuft wie die 50 Prozent der ärmsten Menschen.

Glossar

- **Makroökonomie:** Die Makroökonomie ist der Zweig der Wirtschaftstheorie, die die Probleme nicht vom individuellen Standpunkt aus betrachtet, sondern die Wirtschaft als eine Gesamtheit wirtschaftlicher Beziehungen begreift oder anders ausgedrückt als die Gesamtheit aller Teile. Es geht also um Fragestellungen, die das Funktionieren der gesamten Volkswirtschaft betreffen und damit um Probleme wie Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und gerechte Einkommensverteilung.

- **Neoklassisches Modell:** Das neoklassische Modell basiert auf der Hypothese, dass die Wirtschaft automatisch Vollbeschäftigung erreicht und somit das gesamtwirtschaftliche Angebot auf eine bestimmte Menge festgelegt ist, die völlig unelastisch auf Preise reagiert. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass die Preise völlig flexibel sind, so dass sie je nach Bedarf steigen oder fallen können, um die Ungleichheit zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und Nachfrage automatisch zu korrigieren. Unter diesen Bedingungen wird eine Intervention über die Nachfrage abgelehnt, da sie nur zu Preissteigerungen führen würde.

- **Keynesianisches Modell:** Das keynesianische Modell geht von der Überlegung aus, dass die Preise sehr starr sind, so dass sie von sich aus kein Gleichgewicht garantieren können. Daher kann es zu einer andauernden Situation mit konstanter Arbeitslosigkeit kommen. In diesem Fall ist es sinnvoll, durch eine Erhöhung der Nachfrage einzugreifen, um mehr Einkommen und Beschäftigung zu erzielen.

- **gesamtwirtschaftliche Nachfrage (auch aggregierte Nachfrage):** Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist ein makroökonomisches Maß für die Nachfrage nach allen in einer Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen. Sie wird ausgedrückt durch den Gesamtbetrag, der für diese Waren und Dienstleistungen bezahlt wird, bei einem bestimmten Preisniveau in einem bestimmten Zeitraum. Damit entspricht sie der Summe aus Gesamtkonsum, allen Investitionen und aller staatlicher Ausgaben.

- **gesamtwirtschaftliches Angebot (auch aggregiertes Angebot):** Das gesamtwirtschaftliche Angebot ist die Menge an Waren und Dienstleistungen, die Unternehmen in einer Volkswirtschaft insgesamt auf den Markt bringen, zu dem jeweiligen Preisniveau. Viele Faktoren beeinflussen das Gesamtangebot: die Größe der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung, der Kapitalstock und die Technologie. All diese Faktoren bestimmen zusammengenommen das Produktionsniveau einer Volkswirtschaft.

- **Die Inflation:** Die Inflation, d. h. der Verlust des Geldwertes, ist eine der Ursachen für Krisen in einer Volkswirtschaft. Die Bekämpfung der Inflation ohne die Beeinträchtigung von Wachstum und Beschäftigung ist eine ungelöste Herausforderung. Traditionell gibt es drei Haupterklärungen für die Inflation: den Nachfragedruck, der durch einen übermäßigen Ausgabendruck entsteht; den Kostendruck, der von den Kosten, hauptsächlich den Löhnen, ausgeht; und die strukturelle Inflation, die den Preisanstieg erklärt, der Teil der allgemeinen Natur des Wirtschaftssystems ist.

- **Prozyklische und antizyklische Politik:** Diese Begriffe beziehen sich auf die jeweils von der Regierung angewandte Strategie, die positiv (prozyklisch) oder negativ (antizyklisch) korreliert ist, mit den Konjunkturschwankungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Eine prozyklische Fiskalpolitik liegt vor, wenn die Regierung während einer Wachstumsphase die öffentlichen Ausgaben erhöht und die Steuern senkt – während einer Rezession jedoch die Ausgaben senkt und die Steuern erhöht. Bei einer

antizyklischen Fiskalpolitik hingegen werden bei guter Konjunktur die Ausgaben gesenkt und die Steuern erhöht, um die Inflation und die Verschuldung einzudämmen und in einer Rezession werden die Ausgaben erhöht und die Steuern gesenkt, um eine Nachfrage zu schaffen, die einen neuerlichen Aufschwung auslösen kann.

Quellen

- Alvaredo F., Chancel L., Piketty T., Saez E., et al. (eds.) (2018) World inequality report 2018. Cambridge, Massachusetts, The Belknap Press of Harvard University Press.
- Attali, J. & Ostroviesky, H. (2009) ¿Y después de la crisis qué --?: propuestas para una nueva democracia mundial. Barcelona, Gedisa.
- Bergara, Mario E., Nora Berretta, & Umberto DellaMea Palumbo (eds.) (1999) Economía para no economistas. Montevideo, Dep. de Economía, Fac. de Ciencias Sociales, Univ. de la República.
- Fitoussi, J.; Stiglitz, J. (2009). The ways out of the crisis and the building of a more cohesive world, Working Paper No. 17 (Paris, Observatoire Française des Conjonctures Économiques (OFCE)).
- Glassner, V. (2010). The public sector in the crisis, Working Paper No. 7 (Brussels, European Trade Union Institute (ETUI)).
- Hepp, A., (ed.) (2016). The communicative construction of Europe: cultures of political discourse, public sphere and the Euro crisis. Transformations of the State. Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- Heinemann, F., Klüh, U. & Watzka, S. (2017) Monetary Policy, Financial Crises, and the Macroeconomy: Introduction. In: Frank Heinemann, Ulrich Klüh, & Sebastian Watzka (eds.). Monetary Policy, Financial Crises, and the Macroeconomy. [Online]. Cham, Springer International Publishing. pp. 1–16.
- Hicks, J. R. (1976). La crisis de la economía keynesiana. Labor. Cap. III.
- Horn, G. et al. (2009). From the financial crisis to the world economic crisis: The role of inequality, Macroeconomic Policy Institute (IMK) Policy Brief, Oct. (Düsseldorf, Hans Böckler Stiftung).
- International Labour Office (ed.) (2011) The global crisis: causes, responses and challenges. Geneva, International Labour Office.
- Komorowski, J. (2015) Monetarism and the Battle with the Global Economic Crisis. International Journal of Business Administration.
- Krugman, P. (2009). El retorno de la economía de la depresión y la crisis actual. Barcelona: Crítica.
- Krugman, P. (2010). “Myths of austerity” in The New York Times, 1 Jul.
- Krugman, P., Wells, R. y Olney, M. L. (2012). Fundamentos de Economía. Reverte. Cap. 18.
- Middleton, R. (1985). Towards the managed economy: Keynes, the Treasury, and the fiscal policy debate of the 1930s. London ; New York, Methuen.
- OECD. (2020). The territorial impact of COVID-19: Managing the crisis across levels of government.
- Say, J. B. (2001). Tratado de Economía Política. Fondo de Cultura Económica. Cap. XV.
- Snooks, G.D., Australian National University & Economics Program (2008) Recession, depression, and financial crisis: everything economists want to know but are afraid to ask. Canberra, ANU Global

Dynamic Systems Centre.

Starke, P., Kaasch, A. & van Hooren, F. (2013). *The Welfare State as Crisis Manager*. [Online]. London, Palgrave Macmillan UK.

Steger, M. B. (2011). *Neoliberalismo: una breve introducción*. Alianza Editorial.

Stiglitz, J.E. (2009) *The Current Economic Crisis and Lessons for Economic Theory*. *Eastern Economic Journal*. [Online] 35 (3), 281–296.

Stockhammer, E. (2016) *Neoliberal growth models, monetary union and the Euro crisis. A post Keynesian perspective*. *New Political Economy*.

Torres López, J. (2015) *Economía política* (5a. ed.). [Online]. Madrid, Larousse - Ediciones Pirámide].

Wise, P., Hall, B., (2019). *Portugal: a European path out of austerity?* In *Financial Times*, 19 April.

Wharton University (2018). *Portugal's Economic Recovery: How Much Came from Ditching Austerity?* Access <https://knowledge.wharton.upenn.edu/article/portugals-economic-recovery-how-much-came-from-ditching-austerity/>

3. Trainingsmaterial

Aktivität 1.1: Das Modell-Quiz

Überblick

Mit dieser Übung sollen sich die Lernenden die Unterschiede zwischen den beiden Modellen und den von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen aneignen. Die Folgeaktivität (1.2.) kann zu Hause oder in der nächsten Unterrichtsstunde angeschlossen werden.

Ziele

- Anregung zum Nachdenken über die erläuterten theoretischen Konzepte
- Untersuchung der wichtigsten Mechanismen der Fiskal- und Geldpolitik
- Vermittlung einiger grundlegender Fakten über das neoklassische und das keynesianische Modell

Materialien und Zeit

Es werden keine Materialien benötigt. Die Zeit kann zwischen 30 Minuten und einer Stunde betragen.

Größe der Gruppe

Mindestens 10 Personen

Anweisungen für Trainer:innen

1. Teilen Sie die Klasse in kleine Gruppen auf.
2. Die Trainerin liest die Fragen für jede Runde vor (siehe Quizfragen unten). Es gibt drei Runden mit je drei Fragen pro Runde.
3. Je nach Kenntnisstand der Teilnehmenden kann die Trainerin wählen: entweder sie setzt die Aktivität als Quiz fort oder sie verteilt die Antworten in Form von Kärtchen, die die Lernenden auswählen, um die Lücken der einzelnen Fragen zu füllen. (Siehe unten die Antworten in den beiden verschiedenen Formaten).
4. Nach jeder Runde gibt die Trainerin die Antworten auf die Fragen und regt zur Diskussion an. Insgesamt sind für diesen Teil der Aktivität zwischen 20 und 30 Minuten vorgesehen.
5. Die Aktivität kann mit dem erwähnten Nachbereitungsteil (1.2.) ergänzt werden, der circa eine Stunde dauert.

Fragen

1. Nennen Sie mindestens zwei Unterschiede zwischen den Grundannahmen des neoklassischen und des keynesianischen Modells.
2. Nach dem ... Modell sollte der Staat eingreifen, um die wirtschaftlichen Ungleichgewichte

auszugleichen.

3. Die Fiskalpolitik beeinflusst die und die Geldpolitik beeinflusst die ...

4. Nach dem neoklassischen Modell ist die beste Politik angesichts wirtschaftlicher Ungleichgewichte ...

5. Nach dem keynesianischen Modell ist die beste Politik angesichts wirtschaftlicher Ungleichgewichte ...

6. Was ist der Multiplikatoreffekt?

7. Ist die Steuersenkung ein Element der Fiskal- oder der Geldpolitik?

8. Wer bestimmt die Geldmenge?

9. Kann die Geldpolitik den Konsum beeinflussen?

Antworten

1.

	neoklassisch	keynesianisch
Preise	flexibel	starr
Beschäftigung	Vollbeschäftigung	Unterbeschäftigung
Staatliche Intervention	Nein, Märkte regulieren sich automatisch selbst.	Ja, die Wirtschaft braucht Regulierung.

2. Keynesianisch

3. Die Fiskalpolitik beeinflusst die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Geldpolitik beeinflusst die Geldmenge.

4. Monetär

5. Fiskalisch

6. Eine Reihe von Kettenreaktionen, ausgelöst durch die Ausweitung der Nachfrage durch öffentliche Ausgaben (Fiskalpolitik), die am Ende das allgemeine Einkommen und das Wirtschaftswachstum stärker erhöhen, als es durch den ursprünglichen Impuls der Fall gewesen wäre.

7. Fiskalpolitik

8. die staatliche Zentralbank

9. Ja, in einem sekundären Effekt. Wenn die Geldmenge steigt, sinkt der Zinssatz und reale Variablen wie Konsum und Investitionen steigen, da die Menschen einerseits weniger Anreize

zum Sparen und andererseits mehr Anreize zur Aufnahme von Bankkrediten haben, da deren Kosten niedrig sind (niedrige Zinssätze), wodurch Anreize zur Finanzierung von Konsum oder Investitionen durch Kredite entstehen.

Quiz-Karten (zum Ausdrucken)

Flexible Preise	Starre Preise
Vollbeschäftigung	Unterbeschäftigung
Märkte regulieren sich automatisch selbst	Märkte können sich nicht selbst regulieren, sondern benötigen Regulierung
Keynesianisch	gesamtwirtschaftliche Nachfrage
Geldmenge	Zinsen
Fiskalpolitik	Eine Reihe von Kettenreaktionen, die eintreten, nachdem die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch Staatsausgaben (Fiskalpolitik) ausgeweitet wurde, und die letztendlich das allgemeine Einkommen und das Wirtschaftswachstum stärker erhöhen als es durch den ursprünglichen Stimulus der Fall gewesen wäre.
Fiskalpolitik	die staatliche Zentralbank
Ja, in einem zweiten Schritt. Wenn die Geldmenge steigt, sinkt der Zinssatz und reale Variablen wie Konsum und Investitionen steigen, da die Menschen einerseits weniger Anreize zum Sparen und andererseits mehr Anreize zur Aufnahme von Bankkrediten haben, da deren Kosten niedrig sind (niedrige Zinssätze), was einen Anreiz zur Finanzierung von Konsum und Investitionen durch Kredite bedeutet.	

Aktivität 1.2: Quiz Nachbereitung.

Diese Aktivität kann im Anschluss an das Quiz in der Klasse durchgeführt oder als Hausaufgabe aufgegeben werden.

Ziele

- Vertiefung der Erkenntnisse aus dem Quiz
- Die Lernenden sollen verstehen, wie sich makroökonomische Größen in der realen Wirtschaft darstellen.

Schritte:

1. Während der Überprüfung notiert die Trainerin die richtigen Antworten an der Tafel.
2. Jede Quizgruppe wählt ein Modell und eine Politik, um sie als die beste Lösung bei Wirtschaftskrisen zu verteidigen. Die Teilnehmenden können das Lernmaterial (die Tabelle) zur Orientierung mitnehmen.
3. Fordern Sie die Teilnehmenden auf, die Modelle in ihren Gruppen zu diskutieren, sowohl die theoretischen Annahmen als auch die praktischen Auswirkungen.
4. Bitten Sie jede Gruppe, ihre Argumente vor der gesamten Gruppe zu präsentieren. Ausgehend von einem Überblick über das jeweilige Modell sollten sie erläutern, wie es sich auf die Fiskal und Geldpolitik und somit auf die Realwirtschaft auswirkt.

Aktivität 2: Medienanalyse

Überblick

Die Analyse der Medien in Bezug auf Wirtschaftsthemen, soll den Lernenden helfen Zugang zu solchen Veröffentlichungen zu finden. Es wird vorgeschlagen, dass die Lernenden nach Medienbeispielen aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichen Perspektiven suchen. So wird deutlich, wie einseitig Nachrichten oft sind.

Ziele

- Die Lernenden sollen mit dem Lesen von Wirtschaftsnachrichten vertraut gemacht werden und ihre Medienkompetenz entwickeln
- Den Lernenden soll vermittelt werden, dass die Informationen, die wir über die Wirtschaft erhalten, parteiisch sind
- Die Lernenden sollen versuchen, Sparmaßnahmen oder Konjunkturmaßnahmen zu identifizieren, die in den jeweiligen Ländern angewendet werden.

Materialien und Zeit

Zeitungsartikel, die über Wirtschaftskrisen berichten. Die Trainerin entscheidet, ob sie eine globale oder eine lokale Krise wählt, eine der oben beschriebenen Krisen oder eine andere. Idealerweise sollten sich die Artikel auf dieselbe Krise beziehen, aber aus unterschiedlichen Quellen stammen. Das Material sollte von der Trainerin zur Verfügung gestellt werden.

Die Aktivität sollte zwischen 45 Minuten und einer Stunde dauern.

Größe der Gruppe

Beliebig

Anweisungen für Trainer:innen

1. Bitten Sie die Teilnehmenden, sich in Gruppen aufzuteilen. Die Fotokopien der Medienberichte werden verdeckt auf die Tische gelegt und nummeriert. Abwechselnd wählt jede Gruppe einen Artikel aus.
2. Jede Gruppe sollte den Artikel lesen und diskutieren und dabei versuchen, mögliche Vorurteile zu erkennen. Zum Beispiel sollten sie Fakten, Meinungen, Spekulationen usw. identifizieren.
3. Um den Artikel zu analysieren könnten die folgende Fragen hilfreich sein (oder von der Trainerin abgeändert werden):
 - a. Kannten die Lernenden die Quelle bereits?
 - b. Können sie erkennen, wo der Artikel geschrieben worden sein könnte?
 - c. Enthält der Artikel Fakten oder Meinungen?
 - d. Erörtert er nur die wirtschaftliche Perspektive oder auch den politischen und sozialen Kontext?

- e. Hilft das Material, die Krise besser zu verstehen oder macht es sie nur noch verwirrender?
- f. Gab es unterschiedliche Perspektiven in den verschiedenen Quellen?
- g. Sind die Lernenden in der Lage, einige der untersuchten Schlüsselwörter zu erkennen?
 - o Wirtschaftspolitik
 - o Regulierung
 - o Sozialstaat
 - o Staatliche Investitionen/Konjunkturprogramme
 - o Neoliberalismus
 - o Austerität
- h. Vertritt der Artikel eine Position zu staatlichen Eingriffen?

4. Nach einiger Zeit meldet sich jede Gruppe zurück und erläutert ihre Antworten auf die Fragen und alles, was sie sonst noch besprochen hat. Die Gruppenmitglieder können von den anderen Lernenden respektvoll befragt werden. Halten Sie die Ergebnisse dieser Aktivität an der Tafel fest.

Empfohlene Quellen:

- Financial Times
- The Economist
- Das Wall Street Journal
- Auch internationale Zeitungen (El País, The Guardian, etc.)
- Lokale wirtschaftliche/politische Medien werden nachdrücklich empfohlen

Beispiele:

Chris Giles für die Financial Times: Weltwirtschaft: Die Woche, in der die Austerität offiziell zu Grabe getragen wurde. [Link](#)

The Economist: Jenseits des Krisenmanagements: Kühne Ideen zur Lösung von Amerikas Finanzchaos. [Link](#)

Aktivität 3: Rollenspiel

Überblick

Eine Gruppen-Aktivität, die den Boden für eine Debatte im Klassenzimmer bereitet.

Die beiden unterschiedlichen Modelle (Sparmaßnahmen versus. Konjunkturpolitik) sollten in ihrer "reinen" Darstellung verwendet werden, wobei jedoch erklärt wird, dass die Regierungspolitiken in der Realität nuancierter sind und nicht schwarz oder weiß.

Ziele

- Die Lernenden sollen sich mit den verschiedenen Theorien der politischen Ökonomie vertraut machen.
- Das Interesse an verschiedenen Möglichkeiten des Krisenmanagements soll geweckt werden.
- Die Fähigkeit zu Diskussion und Analyse soll gefördert werden.

Materialien und Zeit

Fotokopien der Karten (unten) mit den verschiedenen Krisensituationen. Für die Erläuterung und die Gruppenarbeit werden 20 bis 30 Minuten veranschlagt. Die abschließende Diskussion sollte je nach Anzahl der Gruppen etwa 30 Minuten dauern.

Gruppen Größe

Mindestens 16 Teilnehmende

Anweisungen für Trainer:innen

1. Teilen Sie die Lernenden in zwei gleich große Gruppen ein, die später noch einmal in zwei Hälften geteilt werden.
2. Nummerieren Sie die untenstehenden Karten und bitten Sie die Lerngruppen, jeweils eine Karte auszuwählen. Jede Karte enthält verschiedene wirtschaftliche Ungleichgewichte.
3. Bitten Sie die Gruppen, die verschiedenen Krisensituationen zu studieren und zu überlegen und diskutieren, welche Empfehlungen das jeweilige Modell (neoklassisch oder keynesianisch) geben würde. Zu diesem Zweck sollte jede Gruppe in zwei Hälften geteilt werden, so dass jeweils eine der beiden Gruppen eine Wirtschaftsschule vertritt.
4. Nach der Diskussion in den Gruppen stellt sich jede Gruppe auf die Tribüne und trägt ihre Argumente vor. Richten Sie den Raum so ein, dass die Sprechenden eine zentrale Position im Klassenzimmer einnehmen können und stellen Sie die Stühle so auf, dass der Rest der Lernenden zuhören und beobachten kann.
5. Nach jeder Gruppendiskussion sollte die Trainerin das Publikum (die übrigen Lernenden) auffordern, darüber abzustimmen, welche Lösung sie unterstützen würden und warum.
6. Um die Lernenden in ihre jeweilige Rolle einzuführen, sollten sie ihre Positionen klären, indem sie versuchen, WAS, WIE und WER zu beantworten. Hier gibt es einige Fragen, die die Analyse leiten

sollen:

- a. Sollte der Staat intervenieren oder nicht?
- b. Wenn ja, wie?
 - i. Fiskalpolitik: Ausweitung der öffentlichen Ausgaben (Sozialausgaben, Subventionen, Steuersenkungen usw.) oder Verringerung der Ausgaben (Erhöhung der Steuern, Privatisierung öffentlicher Vermögenswerte usw.)
 - ii. Geldpolitik: Ausweitung des Geldangebots und damit Senkung der Zinssätze zur Förderung von Konsum und Investitionen; oder Verringerung des Geldangebots und damit Anhebung der Zinssätze, wodurch das Sparen und der Geldabfluss aus der Wirtschaft gefördert werden.
- c. Wenn nicht, wie?
 - i. Man überlässt es dem Markt, sich selbst zu regulieren, so dass die Preise bei ein Nachfrageüberhang steigen oder bei einem Überangebot sinken können.
 - ii. Durch automatische Mechanismen: Erschöpfung des vorhandenen Kapitalstocks, der ersetzt werden muss, wodurch die Arbeitsnachfrage steigt.
- d. Sind die ergriffenen Maßnahmen eher ein Fall von Austeritätspolitik oder ein Fall von Konjunkturpolitik/staatlicher Investition?
- e. Was könnten die sozialen Auswirkungen sein? Welcher Bereich der Gesellschaft wird am meisten profitieren?

Problemkarten

Inflation: Die Preise steigen schneller als die Löhne und die nominalen Zinssätze. Wenn die Preise schneller steigen als die Löhne, sinkt der Verbrauch; auch die Investitionen gehen aufgrund der hohen Prozessvolatilität und Unsicherheit zurück.

Rezession: eine Periode negativen Wirtschaftswachstums oder, anders ausgedrückt, ein Rückgang des Wirtschaftsvolumens. Da sich die Wirtschaftstätigkeit verlangsamt, geht der Verbrauch zurück und die Lagerbestände der Unternehmen steigen.

Schuldenkrise: Die Regierung erhöht ihre Ausgaben, während gleichzeitig die Einkommen sinken.

Arbeitslosigkeit: ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Ursache sind Schwankungen im Konjunkturzyklus, wenn die Kosten steigen und die Unternehmen die Zahl der Beschäftigten reduzieren müssen, um keine Wettbewerbsnachteile zu haben.

Ungleichheit: Vergrößerung der Ungleichheit als Folge der zunehmenden Konzentration des Reichtums bei der bereits sehr wohlhabende Bevölkerung, was zu einer Verschlechterung des Lebensstandards der Mehrheit führt.

Aktivität 4: Wähle deine Krise

Überblick

Eine Aktivität, um etwas über Krisen und Wirtschaftsgeschichte zu lernen.

Ziele

- Vermittlung einer historischen Perspektive auf die gegenwärtigen Krisen.
- Die Lernenden sollen in die Lage versetzt werden, Wirtschaftskrisen und die Ereignisse, die zu ihnen geführt haben, zu analysieren.
- Sie sollen ermutigt werden, kritisch über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Krisen nachzudenken.

Materialien und Zeit

Fotokopie des Krisen-Zeitstrahls.

Diese Aktivität sollte auf zwei Tage verteilt werden. Am ersten Tag stellt die Trainerin die Aktivität vor (15 Minuten); in der nächsten Sitzung halten die Lernenden ihre Präsentationen. Die Dauer hängt von der Anzahl der Lernenden und der Gruppeneinteilung ab, kann aber zwischen einer und zwei Stunden betragen.

Anweisungen für Trainer:innen

1. Nach der Lektüre des Zeitstrahls zu den aktuellen Krisen werden die Lernenden in Kleingruppen eingeteilt (wenn möglich, nicht weniger als zwei Lernende und nicht mehr als vier).
2. Jede Gruppe wird gebeten, eine gründliche Recherche zu der von ihr gewählten Krise durchzuführen. Versuchen Sie zu vermeiden, dass sich zwei Gruppen mit demselben Ereignis beschäftigen.
3. Nachdem sie zu Hause recherchiert haben, hält jede Gruppe eine Präsentation über das von ihr gewählte Krisenereignis. Die Präsentation sollte etwa 15 Minuten dauern. Unterstützendes Material wie Powerpoints oder Poster sind willkommen.
4. Die Lernenden sollten die folgenden Punkte bei ihren Präsentationen berücksichtigen:
 - a. Was waren die Ursachen der Krise?
 - b. Welcher Bereich war am stärksten betroffen?
 - c. Hat die Regierung irgendwelche Maßnahmen ergriffen? Wenn ja, welche?
 - d. Gab es Interventionen von internationalen Organisationen?
 - e. Welche wirtschaftspolitischen Entscheidungen wurden getroffen? Sparmaßnahmen oder staatliche Investitionen zur Belebung der Konjunktur?

- f. Hat sich die Situation des Landes verbessert? Wurde eine Lösung gefunden?
- g. Ist es möglich festzustellen, ob eine Einkommensumverteilung stattgefunden hat?

Krisen-Zeitleiste

Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre, die lateinamerikanische Schuldenkrise: In diesem sogenannten "verlorenen Jahrzehnt" nahmen die lateinamerikanischen Länder riesige Kredite von internationalen Institutionen auf und häuften so Auslandsschulden an, die sie später nicht mehr zurückzahlen konnten.

1997, die Asiatische Finanzkrise: Die Krise nahm ihren Anfang in Thailand, wo die Aufnahme einer riesigen Auslandsschuld zur Zahlungsunfähigkeit führte, was einen Ansteckungseffekt auslöste, der auf die Nachbarländer übergriff.

1998, die russische Finanzkrise: Die Abwertung des Rubels durch die russische Regierung behinderte die Rückzahlung der Schulden. Die Krise hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die Volkswirtschaften vieler Nachbarländer.

2001, die Große Depression in Argentinien: die Auswirkungen der russischen und anderer regionaler Krisen sowie die wirtschaftliche Instabilität, bedingt durch die prekäre Bindung des Peso an den Dollar, führten zu einer schrecklichen Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit, Unruhen, dem Sturz der Regierung und einem Zahlungsausfall bei den Auslandsschulden des Landes.

Anfang der 2000er Jahre, die Dot-Come-Blase: Zusammenbruch des Aktienmarktes, verursacht durch exzessive Spekulationen mit Internet-Unternehmen in den späten 1990er Jahren.

2009, die griechische Staatsschuldenkrise: Staatsschuldenkrise in Griechenland im Anschluss an die Finanzkrise von 2007/2008.

2008-2014, Große Rezession in Spanien: Sie ereignete sich im Anschluss an die Finanzkrise von 2008. Die Hauptursache für die Krise in Spanien war eine Immobilienblase und die damit einhergehenden unhaltbar hohen Wachstumsraten des BIP.

2020. Globale Gesundheitskrise aufgrund von Covid-19.

Mögliche Quellen

- Britannica Enzyklopädie
- IWF
- UNCTAD
- Die Weltbank

4. Interaktive Übung

Quiz: Das Modell

Überblick

Mit dieser Übung sollen die Schüler die Unterschiede zwischen den beiden Modellen hinsichtlich der Art der vorgeschlagenen Maßnahmen verinnerlichen. Sie wird von einer Folgeaktivität begleitet, die zu Hause oder in der nächsten Unterrichtsstunde fortgesetzt werden kann.

Fragen

1. Geben Sie an, welche der folgenden Ausgangshypothesen des neoklassischen und des keynesianischen Modells zutreffen:

- a. Preise: Das neoklassische Modell geht davon aus, dass sie flexibel sind, das keynesianische Modell geht davon aus, dass sie starr sind.
- b. Preise: das neoklassische Modell geht davon aus, dass sie starr sind, das keynesianische Modell geht davon aus, dass sie flexibel sind.
- c. Das keynesianische Modell geht davon aus, dass sich die Märkte von selbst regulieren können.
- d. Das neoklassische Modell geht davon aus, dass in der Wirtschaft Vollbeschäftigung herrscht.
- e. Das keynesianische Modell geht davon aus, dass sich die Wirtschaft auf einem Niveau der Vollbeschäftigung befindet.

Richtige Antworten: a) und d)

2. Nach dem _____ Modell sollte der Staat eingreifen, um wirtschaftliche Ungleichgewichte auszugleichen.

- a) Keynesianisch
- b) Neoklassisch

Richtige Antwort: a)

3. Die Fiskalpolitik beeinflusst die _____ und die Geldpolitik beeinflusst die _____

- a) Geldmenge/Aggregatnachfrage
- b) Zinssätze / Gesamtnachfrage
- c) Gesamtnachfrage/Geldmenge
- d) Keiner der oben genannten Punkte

Richtige Antwort: c)

4. Das neoklassische Modell geht davon aus, dass die beste Politik, die angesichts wirtschaftlicher Ungleichgewichte eingesetzt werden kann, die _____ ist.

- a) fiskalische
- b) geldpolitische

Richtige Antwort: b)

5. Das keynesianische Modell geht davon aus, dass die beste Politik angesichts wirtschaftlicher Ungleichgewichte die _____ ist.

- a) fiskalische
- b) monetäre

Richtige Antwort: a)

6. Der Multiplikatoreffekt bezieht sich auf eine Reihe von Kettenreaktionen, die eintreten, nachdem die Gesamtnachfrage durch öffentliche Ausgaben (Fiskalpolitik) ausgeweitet wurde, und die am Ende das private Einkommen und das BIP-Wachstum stärker erhöhen, als es ursprünglich durch den ursprünglichen Stimulus erzeugt wurde.

- a) Richtig
- b) Falsch

Richtige Antwort: a)

7. Ist eine Steuersenkung ein Element, das die Fiskal- oder die Geldpolitik definiert?

- a) Fiskalpolitik
- b) Geldpolitik

Richtige Antwort: a)

8. Wer bestimmt die Geldmenge?

- a) Die Verbraucher
- b) Private Banken
- c) Regierung/Zentralbank

Richtige Antwort: c)

9. Kann die Geldpolitik den Konsum beeinflussen?

a. Nein, der Konsum wird von der Geldpolitik nicht beeinflusst, da sie keinen Einfluss auf die Preise hat.

b. Ja, allerdings über einen sekundären Effekt. Wenn die Geldmenge steigt, sinkt der Zinssatz und reale Variablen wie Konsum und Investitionen steigen. Dies liegt daran, dass die Menschen einerseits weniger Anreize haben, zu sparen, und andererseits mehr Anreize haben, Bankkredite aufzunehmen, da deren Kosten niedrig sind (durch niedrige Zinssätze), wodurch Anreize für die Finanzierung von Konsum oder Investitionen durch Kredite entstehen.

Richtige Antwort: b)

Creative Commons Hinweis

Autorinnen: Lía Barrese and Matilde Martinez ITD -Innovación, Transferencia y Desarrollo

Dieser Text wird unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: by-nc-nd/3.0/
Der Name des Autors lautet wie folgt: by-nc-nd/3.0/ Lía Barrese und Matilde Martinez, ITD -
Innovación, Transferencia y Desarrollo, Erasmus+ Programm für Erwachsenenbildung der
Europäischen Union. Der Text und die Materialien dürfen zu nichtkommerziellen Zwecken
vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Sie dürfen jedoch nicht
bearbeitet, modifiziert oder in irgendeiner Weise verändert werden.

Copyright-Informationen zu den Bildern finden Sie direkt unter den Bildern.

Haftungsausschluss Erasmus+

Die Unterstützung der Europäischen Kommission für die Erstellung dieser Veröffentlichung stellt
keine Billigung des Inhalts dar, der ausschließlich die Meinung der Autoren widerspiegelt, und die
Kommission kann nicht für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen verantwortlich
gemacht werden.